



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Gabriele Triebel, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Queerfeindliche Sexualaufklärung an bayerischen Schulen beenden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Positivliste mit Beispielen für externe Partnerinnen und Partner, mit denen an weiterführenden Schulen zum Thema Familien- und Sexualerziehung zusammengearbeitet werden kann, zu erstellen und diese per Kultusministeriellem Schreiben an die weiterführenden Schulen weiterzuleiten.

Diese Liste soll jährlich aktualisiert werden, bei der Auswahl der Anbieterinnen und Anbieter ist auf uneingeschränkte Akzeptanz gegenüber LSBTIQ\*-Personen zu achten. Ebenso sollten Grundschulen noch einmal vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie laut „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“ bei dieser Thematik nicht mit externen Partnerinnen und Partnern, insbesondere Teenstar, zusammenarbeiten dürfen.

### **Begründung:**

Wie der BR am 24.01.2024 berichtete, hat Teenstar nach Aussage der Vereinsvorsitzenden auch im Jahr 2023 insgesamt etwa 30 Kurse an Grundschulen und weiterführenden Schulen in Bayern veranstaltet. Eine Anfrage des BR beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus ergab, dass den Schulämtern keine Informationen über Teenstar-Kurse vorlägen. Das bedeutet, dass offenbar immer noch nicht bei allen Schulen angekommen ist, dass die Passagen über Homosexualität in der Teenstar-Broschüre laut Staatsministerium für Unterricht und Kultus den verbindlichen Richtlinien zur Familien- und Sexualerziehung für staatliche Schulen widersprechen. So kommt es immer noch vor, dass (Grund-)Schulen mit queerfeindlichen und christlich-fundamentalistischen Vereinen im Bereich der Familien- und Sexualerziehung zusammenarbeiten. Das ist nicht vereinbar mit den Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung an den bayerischen Schulen. Darum muss vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus jetzt entsprechend gehandelt und den Schulen Sicherheit bei der Wahl geeigneter externer Partnerinnen und Partner für Sexualpädagogik – insbesondere bei der Aufklärung über LSBTIQ\* – gegeben werden.